

FDP @ktuell

Der e-Newsletter der FDP Langenthal

Ausgabe: 1/2014

In dieser Ausgabe:

- **Vorwort des Präsidenten**
- **Meinungen**
 - › Es geht uns (zu) gut
- **Menschen**
 - › Hans-Jürg Käser
 - › Markus Bösiger
- **FDP Langenthal**
 - › Waldhof-Retraite
 - › Veranstaltungen
 - › Neues Leitbild
- **Wahlempfehlung Regierungsratswahlen**



Diego Clavadetscher
Präsident FDP Langenthal

Liebe Freisinnige

Ich mache mir Sorgen um unser Land. Auslöser dafür ist nicht der Ausgang des letzten Abstimmungssonntags. Natürlich wäre es mir lieber, wenn ich mit meiner Stimme zur Mehrheit gehören würde. Doch die Demokratie ist mir zu wichtig, als dass ich mich über das Ergebnis von Volksentscheiden beklage.

Sorgen bereitet mir mehr die Entwicklung unserer politischen Kultur. Dazu gehören die unsäglichen Angriffe auf Institutionen und Mandatsträger. Diesbezüglich habe ich mich in meinem jüngsten Mitgliederbrief ausführlichst geäussert, weshalb ich mich hier nicht wiederholen möchte.

Auch der Grossratswahlkampf gehört in dieses Kapitel: Wenn einzelne Kreise ihre Kampagne einzig darauf aufbauen, aufgrund der Erhöhung der Grossratsentschädigungen Empörung zu schüren, vergiften sie damit nur das politische Klima. Die tatsächlichen Probleme des Kantons werden dadurch in keiner Weise gelöst.

Ich lade Sie alle ein, aktiv dafür besorgt zu sein, dass das politische Kulturpendel wieder in die richtige Richtung ausschlägt. Stehen Sie öffentlich für die Positionen unserer Partei ein und empfehlen Sie bspw. in Ihrem Umfeld für die bevorstehenden kantonalen Wahlen die Kandidierenden unserer Partei.



Meinungen

Es geht uns (zu) gut...



Manfred Rösch
Redaktor FDP @ktuell

...sonst würden wir nicht fahrlässig an den Grundfesten unseres Wohlstands rütteln.

Wir würden das Vertragsgeflecht mit unserem weitaus wichtigsten Handelspartner nicht leichtfertig aufs Spiel setzen und wirkliche oder auch nur gefühlte Wachstumsprobleme anders zu lösen versuchen, technisch-praxisnah statt mit fragwürdigem Spektakel.

Übrigens: Die Stadt Langenthal hat die SVP-Initiative mit 52,7% Nein-Stimmen verworfen. In kleinen Oberaargauer Dörfern wurde sie dagegen teils überdeutlich (70 bis 80% Ja) angenommen – am Dichtestress und den Ausländermassen in den Landgemeinden kann's nicht liegen. Schon eigenartig. Nebenbei: Wo lebt es sich besser, in einem Einwanderungs- oder in einem Auswanderungsland?

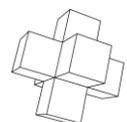
Wir hätten die Minder-Initiative (gegen die Abzockerei) nicht angenommen, selbst wenn diese bedauerlicherweise einen realen Hintergrund hat und, wahrscheinlich, dem Wirtschaftsstandort Schweiz nur marginal schadet. Ginge es uns schlechter, würden wir darauf verzichten, statt an der Urne nach sachlicher Güterabwägung mitzuentcheiden, bloss mutwillig „Denkzettel“ zu verteilen oder irgendwelche „Zeichen setzen“ zu wollen.

Immerhin: Wir haben „1:12“ abgelehnt und werden – hoffentlich – die bevorstehenden Attacken auf die liberalen Rahmenbedingungen unserer Wirtschaftsverfassung abwehren (Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen, Erbschaftssteuer, Ecopop). Es geht uns zu gut, sonst würden wir den Politikbetrieb nicht blockieren mit reihenweise grobschlächtiger, kaum umsetzbarer Vorlagen dieses Typs (etwa auch Zweitwohnungs- oder Verwahrunginitiative). Dass Politik auf der Basis von Empörungsbewirtschaftung zunehmend Erfolg verspricht, ist ein böses Omen.

Das Magazin „Der Spiegel“ schreibt, die Deutschen hätten zur Freiheit ein Verhältnis wie zu ihrem Gebrauchtwagen, viel wichtiger sei ihnen „Gerechtigkeit“ (v/o Umverteilung). Wir Schweizer schätzen unsere Freiheit zwar höher, doch machen wir von ihr, wie's scheint, nicht mehr verlässlich guten Gebrauch. Ginge es uns weniger komfortabel, würden wir den Wohlstand nicht als staubige Occasion in der Garage betrachten.

Ins Bild passt die teils verlogene, jedenfalls moralinsaure Hatz auf Bundesrat Schneider-Ammanns seinerzeitige Unternehmensführung – ein Blick in Geschäftsberichte grösserer Konzerne zeigt: Steueroptimierung war und ist gängige Praxis, legal und legitim. Kein halbwegs rationaler Mensch würde sein gutes Geld in ein Unternehmen investieren, das es versäumt, seine Steuerbelastung effizient zu gestalten. Seinerzeit wurde sogar für den Stabfund der Nationalbank zugunsten der UBS ein Jersey-Vehikel erwogen.

Nüchterne, „kopflastige“ Güterabwägung hat es in diesem aufgeheizten Umfeld schwerer denn je. Zugleich ist eben das nötiger denn je: Die Stimme der Vernunft und Besonnenheit. Unsere Stimme: Die Stimme der FDP.



Menschen

Unser Regierungsrat



Hans-Jürg Käser
Regierungsrat

Politik besteht nicht nur aus Steuern

Regierungsrat Hans-Jürg Käser stellt sich am 30. März zu Wiederwahl. FDP@ktuell sprach am Rande einer Forumsveranstaltung in Langenthal mit dem bernischen Polizeidirektor, dem Vertreter des Freisinns in der kantonalen Exekutive.

Herr Käser, Sie stellen sich nochmals zur Wahl in den bernischen Regierungsrat. Weshalb tun Sie sich das an?

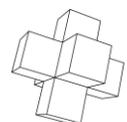
Regierungsrat Hans-Jürg Käser: Ich trete an für weitere vier Jahre und hoffe, auch in dreieinhalb Jahren noch so gesund zu sein wie jetzt. Ich bin weiterhin motiviert und fühle mich fit. Es ist wichtig, dass die FDP eine Position in der Regierung hält, was mit einem Wähleranteil von 10% nicht ganz einfach ist. Also braucht ein freisinniger Kandidat einen gewissen Bekanntheitsgrad, und den habe ich. Es ist wertvoll, in ein Staatswesen Erfahrungen einbringen zu können. Ich bin gemessen am Alter (Jg. 1949, Anm.d.Red.) der Doyen im Regierungsrat und ich möchte die Diskussionskultur in diesem Gremium weiterpflegen, wie auch immer es zusammengesetzt sein wird.

Mit 10% Wählerstärke ist der politische Liberalismus tatsächlich nahezu marginal – ein internationales Phänomen. Wie wenden wir diesen Trend?

Ich glaube, wir haben zu lange davon gezehrt, dass die Freisinnigen unser Staatswesen 1848 auf die Beine gestellt haben. Irgendwie haben wir es verpasst, Entwicklungen in der Gesellschaft aufzunehmen und zu unseren eigenen zu machen. Denken Sie an den Begriff der Nachhaltigkeit. Heute ist allen klar, dass wir unseren Planeten nicht auspowern können, ohne Rücksichtnahme auf künftige Generationen. Das wollten wir in der FDP zu lange nicht wahrhaben – es spalteten sich die Grünen ab, 20 Jahre später mit dem gleichen Ansatz die Grünliberalen. Ich bin der Ansicht, dass dieses Gedankengut in der FPD seinen Platz hätte. Ein dritter Grund liegt in der Irrmeinung, mit Steuerpolitik allein liessen sich Wähler abholen. Politik besteht nicht nur aus Steuern, sondern auch darin, dass die Bürger den Eindruck erhalten: Diese Partei setzt sich ein für das Wohl von Land und Leuten.

Sie haben das Thema Bekanntheitsgrad angesprochen. In jüngster Zeit haben Sie mit hoher medialer Bekanntheit auch unangenehme Erfahrungen gemacht und sind in die Defensive gedrängt worden.

Absolut, das ist klar. Ich habe den Eindruck, dass ich als Präsident der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) einen nationalen Bekanntheitsgrad erreicht habe, weil unsere Themen immer nahe bei den Menschen sind; diverse „Minenfelder“ – Polizeieinsätze, Strafanstalten – sind nahe bei den Medien und somit bei der Bevölkerung. Ich stelle aber auch fest, dass zumindest bestimmte Medien eindeutig auf



den Mann schiessen. Denen geht es nicht darum, eine saubere und ausgewogene Beurteilung vorzunehmen. Es ist eben schon ein Unterschied, ob jemand Verantwortung trägt für Menschen und für Sachwerte oder ob man einfach bellen und damit ein Blatt füllen kann. Ich stelle auch fest, dass einzelne Medienvertreter beratungsresistent sind.

Wenn Sie auf die bevorstehende Legislatur blicken: Welches sind die wichtigsten Geschäfte, die Sie in Ihrer Direktion anpacken oder weiterführen möchten?

Absolut zentral ist die Totalrevision des Polizeigesetzes. Diesen Sommer werden wir dazu den Startschuss geben. Wir brauchen ein modernes Polizeigesetz, das Strömungen, die in der Gesellschaft entstanden sind, aufnimmt und das die Handlungsfähigkeit der Polizei wiederherstellt. Damit meine ich den Bezug zu den finanziellen Abrechnungen mit den Gemeinden. Wir haben das Projekt der Einheitspolizei umgesetzt. Die Schwierigkeit liegt nun darin, dass zwar die Gemeinden nach wie verantwortlich sind für die öffentliche Sicherheit, doch die Kompetenzen und Mittel beim Kanton liegen. Das kann führungsorganisatorisch nur schwer funktionieren. Das Ganze ist zudem rein finanzgesteuert, die Polizei ist jedoch nicht eine Organisation, die primär über die Finanzen gelenkt werden kann. Sie hat vielmehr die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Wenn in Verträgen mit Gemeinden definiert werden soll, wie viele Einsätze die Polizei über vier Jahre zu leisten hat, ist das im Grunde ein „no go“.

Und weitere Schwerpunkte?

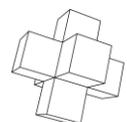
Im Rahmen der KKJPD wollen wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Strafgesetzbuch korrigiert wird. Die letzte Revision



hat zum Beispiel die bedingte Geldstrafe gebracht – ein völliger Unsinn. Die eidgenössische Strafprozessordnung hat es zudem mit sich gebracht, dass Leute, die wir anhalten, spätestens nach 24 Stunden freigelassen werden müssen. Das ist so nicht praktikabel. Schliesslich wollen wir in der ganzen Schweiz die Polizeiinformatik harmonisieren. Dadurch sollten wir mittelfristig über 200 Millionen Franken an Kosten einsparen können. Nach dem Volksentscheid vom 9. Februar müssen wir uns nun darum kümmern, wie es mit den für unser Land ganz entscheidenden Abkommen Schengen und Dublin weitergeht – schlimmstenfalls würden wir dann tatsächlich zur Insel in Europa.

Was steht im Vordergrund auf der Stufe Gesamregierung?

Das zentrale Element sind die Finanzen. Daneben muss es in der Gesundheitspolitik gelingen, die Revision des Krankenversicherungsgesetzes in der Praxis so umzusetzen, dass die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet ist. Die Topographie unseres Kantons ist recht schwierig. Die meisten



Privatspitäler finden sich im Raum Bern, doch auch in den ländlichen Gebieten muss die Versorgung funktionieren, so wie es die Bevölkerung wünscht. Das ist herausfordernd, gerade vor dem Hintergrund des Spitalversorgungsgesetzes, das den Betrieb der Krankenhäuser als Aktiengesellschaften vorsieht.

Die politische Psychologie des Neuen Finanzausgleichs NFA ist etwas instabil geworden. Gerade auf den in der Summe grössten Empfänger Bern wird häufiger mit dem Finger gezeigt.

Genau. Der Föderalismus funktioniert nur, wenn die Stärkeren die Schwächeren unterstützen. Es kann von der heute aktiven Bevölkerung niemand etwas dafür, dass der Interkontinentalflughafen bei Zürich liegt und anno 1946 nicht in Utzenstorf angelegt wurde – dann wären wir jetzt in der Lage des Kantons Zürich und der Flugplatz Dübendorf wäre analog das, was heute Belp für Bern ist. Was kann die Bevölkerung des Kantons Zug dafür, dass es dort so viele Briefkastengesellschaften gibt?

Die Zuger Politiker haben eben clevere Gesetze geschrieben...

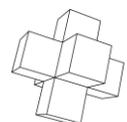
...voilà, das hätten andere auch tun können. Der Kanton Bern ist als Pro-Kopf-Empfänger im Mittelfeld, und so muss ja fairerweise gerechnet werden. Die Summe von einer Milliarde Franken ist einfach hoch, doch schliesslich haben wir eine Million Einwohner.



Das strategische Ziel einer Berner Kantonsregierung müsste es doch sein, den Kanton allmählich aus der Bittstellerposition zu lösen.

Natürlich, auf jeden Fall. Doch die Struktur unseres Kantons ist schwierig, wenn wir etwa betrachten, wo wie viel Steuersubstrat anfällt. Würden wir den Kanton teilen und den Grossraum Bern-Stadt zu einem Halbkanton machen, gehörte dieser zu den Gebern. Andere Kantone bestehen mehr oder weniger aus einer Stadt, etwa Basel-Stadt oder Zug. Doch im ganzen Emmental ist das Steuersubstrat sehr bescheiden, auch im Oberland mit den Ausnahmen Thun, Interlaken und Saanen. Der Berner Jura ist ebenfalls schwach. Stark sind bloss noch Biel und, immerhin, der Oberaargau um Langenthal.

Interview: Manfred Rösch



Menschen

Der höchste Langenthaler



Markus Bösiger
Stadtratspräsident 2014

Einer von uns

Grosse Ehre für Markus Bösiger, grosse Ehre für die FDP Langenthal: Der Unternehmer präsidiert dieses Jahr den Stadtrat. Damit gilt er protokollarisch als höchste gewählte Amtsperson in unserer Gemeinde. Es ist naheliegend, dass diese Rolle etwas mit der Anciennität zu tun hat. Markus Bösiger, Jahrgang 1954, ist seit zehn Jahren Ratsmitglied und zählt damit zu den Amtsältesten im städtischen Parlament.

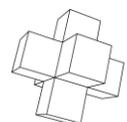
Würde bringt Bürde. Markus Bösiger schätzt den zeitlichen Aufwand für das Präsidium als etwa doppelt so gross ein wie den eines „normalen“ Ratsmitglieds. Dafür jedoch erhalte er einen „tieferen Einblick“ in die Geschäfte.

Die erste Stadtratssitzung nutzte Bösiger – einer Tradition folgend – dazu, einen persönlichen Schwerpunkt zu setzen. Er stellte das Ratsjahr 2014 unter das Motto Berufsbildung und gab drei Schreiner-Lernenden die Gelegenheit, vor dem Plenum an einer Werkbank ihr Können zu zeigen. Damit wurde dem Rat vor Augen geführt, welche Bedeutung die Berufsbildung bzw. welche die hiesige Berufsfachschule hat. Markus Bösiger ist in seinem Betrieb – Möbelhaus, Innenarchitektur, Schreinerei – auf qualifizierte Berufsleute angewiesen. Gegenwärtig beschäftigt er zehn Personen, darunter drei Lehrlinge.

„Wer eine Berufslehre abgeschlossen hat, kann Geld verdienen, sein Leben meistern und sich weiterbilden“, sagt Bösiger. „Diese jungen Menschen werden irgendwann unser Mittelstand sein“; er möchte, eben durch die Pflege und Förderung des dualen Bildungssystems, der Gefahr vorbeugen helfen, dass der Mittelstand ausblutet: „Wir können nicht alles nur verwalten“. Lauter Positionen, die Freisinnige durchs Band unterschreiben würden.

Der Stadtratspräsident kennt sich in beiden Welten aus, der handwerklichen und der akademischen. Er absolvierte zunächst in Bern eine Schreinerlehre, holte dann die Matura nach und studierte schliesslich an der Kunstakademie Stuttgart Innenarchitektur. „Deutschland war in dieser Zeit für Studierende sehr offen, die Zeit in Stuttgart hat meinen Horizont erweitert“. Dieser sozusagen duale Bildungsweg bereitete Markus Bösiger optimal darauf vor, die Geschäftsleitung zu übernehmen. Seit 1991 führt er, zusammen mit seiner Partnerin, das Haus Bösiger in vierter Generation. Das grosse berufliche Engagement liess es denn auch nie zu, ernsthaft den Schritt in die politische Exekutive zu erwägen.

Die Franzosen zählen die Politik nicht zum Handwerk, sondern zu den Künsten – den bildenden Künsten ist unser Stadtratspräsident als Mitgründer des Kunstvereins Oberaargau und des Kunsthouses Langenthal eng verbunden. Kein Wunder, denn Design gehört zum Sein, gerade für einen Raumgestalter. Schliesslich ist Markus Bösiger „vorbelastet“, denn sein Grossonkel arbeitete einst im Atelier von Le Corbusier und entwarf in Paris das Gebäude, in dem der höchste Langenthaler wirkt und wohnt.



FDP Langenthal

"Politik geht durch den Magen"



Lukas Bissegger
Präsident jll,
Vorstandsmitglied FDP

Am 3. Februar trafen sich unsere Mandatsträger zu Gaumen- und Geistesfreuden im Waldhof Langenthal.

Parteipräsident Diego Clavadetscher lud am 3. Februar 2014 zu einem Anlass der etwas anderen Art ein: Unter dem Motto "Politik geht durch den Magen" sollten einerseits politische Diskussionen geführt und andererseits auch das Kulinarische nicht vernachlässigt werden. Der Anlass fand in den Räumlichkeiten des "Inforama", besser bekannt unter Waldhof, statt.

Der Einladung folgte der grösste Teil der Mandatsträger der FDP Langenthal und der Jungliberalen Langenthal und Umgebung. So waren neben den Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderats auch diverse Kommissionsmitglieder anwesend.

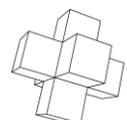
Nach einem kurzen Referat zu den verschiedenen Schulen im Waldhof durch die Leiterin, Elisabeth Kurth, wurden die Teilnehmenden in zwei Gruppen geteilt. Unter der Leitung von Elisabeth Kurth und Therese Wüthrich begann die Hälfte der Mandatsträger mit Kochen: Ein Chili con Carne nach hauseigenem Rezept war als Hauptgang gedacht. Dazu kamen "Chnobli- und Kräuterbrot" und ein leckeres Dessertbuffet.

Die übrigen Teilnehmer durften sich unter der Leitung von Diego Clavadetscher und Enrico Casanovas der Politik widmen. Neben der Frage nach der jeweils ganz eigenen Vision bezüglich der FDP Langenthal stand auch das Thema im Raum, für welche Werte denn die FDP Langenthal einsteht. Es wurden eifrige und intensive Diskussionen geführt; mehr dazu in diesem FDP@aktuell.

Nach knapp einer Stunde wurden die Plätze getauscht: Das Küchenteam widmete sich der Politik bzw. umgekehrt. Weitere 60 Minuten später genossen alle Anwesenden im Esszimmer des Waldhofgebäude 1 das grösstenteils selbst zubereitete Nachtessen. Die politischen Diskussionen verebbten indes nicht, und man hätte wohl noch lange weiterfahren können.

Ein herzliches Dankeschön geht an Elisabeth Kurth und Therese Wüthrich vom „Inforama“, ebenso an Enrico Casanovas für die Gestaltung des politischen Workshops.

Ein erstes Resultat dieses Workshops stellt das nachfolgend publizierte neue Leitbild dar.



FDP Langenthal

Neues Leitbild

Aus den im Rahmen des Waldhofanlass erarbeiteten Grundlagen hat der Vorstand folgendes Leitbild verabschiedet:

Dafür stehen wir ein

Wir, die Langenthaler FDP, wollen die konstruktivste Partei in unserer Stadt sein.

Wir betreiben Politik auf liberaler Grundhaltung: In einer freiheitlichen Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger für sich selbst und für das Ganze Verantwortung tragen, sind Politik und Behörden zuständig für so wenig wie möglich und so viel wie nötig. Daher konzentrieren wir uns auf das Wesentliche.

Wir sind tolerant, offen, ehrlich, verlässlich, sachlich, innovativ. Die FDP Langenthal orientiert sich am Gesamtinteresse unserer Stadt für morgen und übermorgen – darin besteht in unserer Überzeugung der Sinn von Fairness und Menschlichkeit. Daher sind wir auch die Partei des finanziellen Verantwortungsbewusstseins, denn ohne finanzpolitischen Handlungsspielraum gibt es auch keinen politischen Spielraum.

Dafür setzen wir uns ein

Die FDP Langenthal wirkt massgeblich mit an der Gestaltung und der Positionierung unserer Stadt.

Wir pflegen und optimieren die Infrastruktur Langenthals für die ganze Bevölkerung. Unseren guten schulischen, kulturellen und sportlichen Angeboten tragen wir Sorge.

Die Verknüpfung unserer Verkehrssysteme mit regionalen und nationalen Netzen ist uns ein zentrales Anliegen, für den Wohnort, den Arbeitsplatz und den Investitionsstandort Langenthal. Wir fördern auf unserem knappen Boden verdichtetes Bauen.

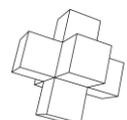
Wir suchen eine engere Zusammenarbeit unserer Stadt mit Nachbargemeinden, bis hin zu Fusionen.

Wir achten mit Nachdruck, zu jedem Zeitpunkt und unter allen Umständen auf eine solide Finanzpolitik.

So gehen wir vor

Die FDP Langenthal bestimmt und bearbeitet ihre Kernthemen in einer breiten internen Meinungsfindung und setzt sich für die Umsetzung dieser Themen auf allen politischen Ebenen ein.

So festigen wir unseren Zusammenhalt und gewinnen weitere Langenthalerinnen und Langenthaler für uns.



FDP Langenthal

Nächste Veranstaltungen

Mittwoch,
12. März 2014, 20.00 Uhr
(Türöffnung ab 19.30 Uhr)
Bucher AG Motorex
Zürich-Bernstrasse 31,
Langenthal

Mittwoch,
19. März 2014, 18.30 Uhr
Katholisches
Kirchgemeindehaus,
Hasenmattstrasse,
Langenthal

Quo vadis Kanton Bern?

Für diesen öffentlichen Wahlanlass machen die vier bürgerlichen Regierungsratskandidierenden einen Abstecher nach Langenthal. Sie dokumentieren **den Schulterchluss zum bürgerlichen Umschwung im Regierungsrat** und nehmen u. a. zu folgenden Fragen Stellung:

Weshalb braucht es den bürgerlichen Umschwung im Regierungsrat?

Lohnt sich Eigenverantwortung für die Bürger im Kanton Bern?

Wie bringen wir die Staatsfinanzen wieder auf Kurs?

Wie kann der Kanton Bern attraktiver gemacht werden?

Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert; es besteht die Möglichkeit, den Kandidierenden Fragen zu stellen.

Entwicklung Bahnhof Langenthal –

eine entscheidende Weichenstellung für den Oberaargau

Das Programm der öffentlichen Informationsveranstaltung bietet Folgendes:

Besichtigung der Pläne und Projekte

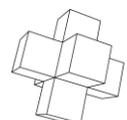
Referat von Stadtpräsident Thomas Rufener
Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof Langenthal – eine Generationenaufgabe

Referat von Thomas Stauber, Mitglied der Geschäftsleitung, Mobimo Holding AG
Das Potenzial des „Geiser-Areals“ aus der Sicht des Investors

Referat von Alfred Paul, Marazzi & Paul Architekten AG, Gümliigen
Ein Bürogebäude für 300 Mitarbeitende von 3M als erster Schritt

Diskussionsrunde unter Leitung von Stefan Costa, Geschäftsführer Region Oberaargau
Die Bedeutung für die Region
mit den Referenten sowie den drei FDP-Grossrats-Kandidierenden

- Marianne Teuscher, Roggwil
- Katrin Zumstein, Bützberg
- Christoph Rytz, Madiswil



FDP @ktuell wird freundlicherweise unterstützt von:



Regierungsrats- wahlen vom 30. März 2014: Unsere Wahlempfehlung

So wählen Sie richtig:

Kanton Bern
Regierungsratswahlen
2014
Amtlicher Wahlzettel

Manfred Bühler
Hans-Jürg Käser
Christoph Neuhaus
Beatrice Simon

AM 30. MÄRZ 2014 IN DEN REGIERUNGSRAT

UmSchwung

Hans-Jürg Käser
Beatrice Simon
Manfred Bühler
Christoph Neuhaus

SVP UDC
BDP
FDP Die Liberalen
EDUUDF

www.umschwung-kanton-bern.ch

Diskutieren Sie bei aktuellen Themen mit –
besuchen Sie die FDP im Internet:

FDP Langenthal: www.fdp-langenthal.ch
FDP Ob- und Nid- u. Oberaargau: www.fdp-ob-und-nid- u. oberaargau.ch
FDP Schweiz: www.fdp.ch

Impressum:

Herausgeber:

FDP Langenthal
Lotzwilstrasse 26
4900 Langenthal

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen an

Redaktion:

Manfred Rösch
Layoutdesign:
Adrian Dinkelmann

fdp-aktuell@fdp-langenthal.ch

FDP
Die Liberalen

www.fdp-langenthal.ch

